



**Nebenbestimmungen und Hinweise zum Bewilligungsbescheid  
Festbetragsfinanzierung bei kommunalen Trägern**

**(Az.: 81 042)  
(Stand: März 2012)**

**1. Nebenbestimmungen**

1.1 Für die Bewilligung gelten insbesondere die als Anlage beigefügten

- Baufachlichen Ergänzungsbestimmungen für Zuwendungen (ZBau), Teil I/Anlage 1 und
- Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Gebietskörperschaften und Zweckverbände (ANBest-K), Teil II/Anlage 3

der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Finanzen zu § 44 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung vom 20. Dezember 2002, MinBl. 2003, S. 22, in der jeweils geltenden Fassung, soweit die nachfolgenden Nebenbestimmungen keine abweichenden Regelungen enthalten.

Baufachliche Prüfbehörde ist der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) – Prüfgruppe ZBau – in Mainz.

1.2 Die Bewilligung ergeht unter der Voraussetzung, dass das Krankenhaus entsprechend den Ausweisungen im Landeskrankenhausplan auf Dauer vorgehalten wird.

1.3 Die vergaberechtlichen Vorschriften in der jeweils geltenden Fassung sind zu beachten.

In Ergänzung zu Nr. 3 ANBest-K wird darauf hingewiesen, dass bei der Vergabe von Aufträgen das Vergabehandbuch für die Durchführung von Bauaufgaben des Landes Rheinland-Pfalz analog anzuwenden ist. Die öffentliche Ausschreibung ist ergänzend zu Abschnitt 121 des Vergabehandbuches Rheinland-Pfalz zu §§ 12 und 12a VOB/A auch im Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz bekannt zu machen.

Bei Verstößen gegen die einschlägigen vergaberechtlichen Bestimmungen hat die Bewilligungsbehörde zu prüfen, ob der Zuwendungsbescheid ganz oder teilweise aufzuheben und die Zuwendung insoweit zurückzufordern ist. Förderrechtliche Maßnahmen bei Verstößen gegen die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A) und die Verdingungsordnung für Leistungen (VOL/A) sind in dem als Anlage beigefügten Rundschreiben des Ministeriums der Finanzen und des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 16. Juni 2003 geregelt.

Die Zuverlässigkeit von Bewerbern und Bieterinnen ist wesentliches Kriterium bei der Vergabe von Aufträgen. Ist die Zuverlässigkeit von Bewerbern in Frage gestellt, können sie von der Teilnahme am Wettbewerb ausgeschlossen werden. Näheres regelt die als Anlage beigefügte Nr. 17 der Verwaltungsvorschrift der Landesregierung zur Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung vom 7. November 2000 in der jeweils geltenden Fassung, die der Zuwendungsempfänger anzuwenden hat.



Bei der Vergabe von Aufträgen und deren Ausführung sind die geltenden Bestimmungen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung zu beachten.

Die Vorgaben des als Anlage beigefügten Rundschreibens des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 6. April 2010 zur Nichtberücksichtigung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinne des IAO-Übereinkommens Nr. 182 sind zu beachten.

- 1.4 Der Zuwendungsempfänger darf zum Zeitpunkt der Bewilligung mit dem Vorhaben noch nicht begonnen haben. Dies gilt nicht, soweit die Bewilligungsbehörde dem vorzeitigen Beginn des Vorhabens zugestimmt hat.

Als Vorhabenbeginn sind grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages sowie die Aufnahme von Eigenarbeiten zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb nicht als Beginn des Vorhabens.

- 1.5 Die als Anlage beigefügte Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Finanzen zur künstlerischen Ausgestaltung öffentlich geförderter Hochbauten vom 12. November 2003 in der jeweils geltenden Fassung ist zu beachten. Die Einzelheiten sind rechtzeitig mit der baufachlichen Prüfbehörde abzustimmen.

- 1.6 Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, die bezuschussten Projekte barrierefrei herzustellen und instand zu halten (u. a. § 30 Abs. 3 Landeskrankenhausgesetz). Er hat unter Berücksichtigung der baufachlichen Prüfung die Grundsätze des barrierefreien Bauens, insbesondere die Bestimmungen der §§ 4 und 51 Abs. 2 Landesbauordnung zu beachten.

- 1.7 Die Baulichkeiten sind – auch schon während der Bauzeit – zu vollem Wert gegen Feuer zu versichern; die Versicherungsprämien sind rechtzeitig zu zahlen.

- 1.8 Auf dem Bauschild ist folgender Hinweis anzubringen:

„Das Bauvorhaben wird mit Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz  
- Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie - errichtet“.

- 1.9 Mit dem Vorhaben muss so bald wie möglich nach Zugang des Bewilligungsbescheides begonnen werden. Sofern sechs Monate nach der Bewilligung noch nicht begonnen wurde, ist die Bewilligungsbehörde schriftlich über die Gründe zu informieren.

- 1.10 Der Termin des ersten Spatenstichs, der Grundsteinlegung, des Richtfestes und der Inbetriebnahme einer Baumaßnahme ist der Bewilligungsbehörde mindestens sechs Wochen vorher mitzuteilen.

- 1.11 Ergänzend zu Nr. 1.3 ANBest-K wird darauf hingewiesen, dass Teilbeträge der Zuwendung mit dem als Anlage beigefügten Formblatt „Baufortschrittsanzeige und Zuschussanforderung“ über die baufachliche Prüfbehörde bei der Bewilligungsbehörde anzufordern sind.

Zuwendungen können als Barzuschüsse oder als Schuldendiensthilfen für aufgenommene Darlehen bereitgestellt werden.

Im Falle einer auftretenden oder drohenden Insolvenz des Zuwendungsempfängers kann die Zahlung von Fördermitteln an den Zuwendungsempfänger ausgesetzt oder eingestellt werden.



1.12 Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich mit der Annahme der Zuwendung, ohne Einverständnis des Landes

- geförderte Gegenstände oder Liegenschaften weder zu veräußern noch – über die bestehenden Belastungen hinaus – zu belasten,
- dritten Personen keine wie immer gearteten Sicherheiten zu bestellen, die im Sicherungsfall den mit der Bewilligung der Landesmittel verfolgten Zweck gefährden oder vereiteln können,
- keine Verpflichtungen einzugehen, die eine Veräußerung oder Belastung der geförderten Gegenstände oder der Liegenschaften oder eine Bestellung von Sicherheiten für Dritte an den genannten Gegenständen und Liegenschaften zum Inhalt haben,
- bei Dritten keine Kredite oder Darlehen aufzunehmen, die die Verfolgung des vom Land geförderten Zwecks gefährden,
- keinerlei Bürgschaften, Patronatserklärungen, Schuldmitübernahmen, Gewähr-/Garantieverträge und dergleichen verwandte Verpflichtungen einzugehen, die wesentliche Auswirkungen auf den Bestand oder Betrieb der Einrichtung im Rahmen des Zuwendungszwecks haben, insbesondere den zweckentsprechenden Einsatz der Landesmittel gefährden können.

1.13 Die Zustimmung des Zuwendungsgebers ist erforderlich bei

- einem Trägerwechsel,
- einem Wechsel der Rechtsform,
- einem Abschluss von Betriebsführungs-, Geschäftsbesorgungs- oder diesen gleichzusetzenden Verträgen zwischen dem Zuwendungsempfänger und Dritten,
- einer Aufgabe des Verfügungsrechtes über das geförderte Gebäude oder Grundstück (zum Beispiel Vermietung).

1.14 Abweichend von Nr. 7.5 ANBest-K ist der Schlussverwendungsnachweis mit dem Formblatt „Verwendungsnachweis“ in vierfacher Ausfertigung der Bewilligungsbehörde zuzuleiten. Bis zur Vorlage des geprüften Schlussverwendungsnachweises können bis zu 5 v.H. der Zuwendung von der Bewilligungsbehörde zurückbehalten werden.

1.17 Die Fördermittel sind zurückzuzahlen, wenn insbesondere die Förderbestimmungen des Landeskrankenhausgesetzes oder der Landeshaushaltsordnung nicht eingehalten werden, insbesondere wenn

- die Bestimmungen der Nr. 9 ANBest-K vorliegen oder
- gegen den Bewilligungsbescheid verstoßen wird, insbesondere Nebenbestimmungen zu dem Bewilligungsbescheid nicht eingehalten werden.

**2. Hinweis**

Im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird der Zuwendungsempfänger um Prüfung gebeten, ob mit der Durchführung des Vorhabens eine Betriebskindertagesstätte errichtet werden kann.



### 3. Beigefügte Unterlagen

- Baufachliche Ergänzungsbestimmungen für Zuwendungen (ZBau)
- Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Gebietskörperschaften und Zweckverbände (ANBest-K)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Finanzen zur künstlerischen Ausgestaltung öffentlich geförderter Hochbauten vom 12. November 2003
- Rundschreiben des Ministeriums der Finanzen und des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 16. Juni 2003
- Nr. 17 der Verwaltungsvorschrift der Landesregierung zur Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung vom 7. November 2000
- Rundschreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 6. April 2010 zur Nichtberücksichtigung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinne des IAO-Abkommens Nr. 182
- Formblatt „Baufortschrittsanzeige und Zuschussanforderung“
- Formblatt „Verwendungsnachweis“

### Teil II/Anlage 3 (ANBest-K)

#### Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Gebietskörperschaften und Zweckverbände (ANBest-K)

Die ANBest-K enthalten Nebenbestimmungen (Bedingungen und Auflagen) i. S. des § 36 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) sowie notwendige Erläuterungen. Die Nebenbestimmungen sind Bestandteil des Zuwendungsbescheides, soweit dort nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

#### Inhalt

- Nr. 1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung
  - Nr. 2 Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung
  - Nr. 3 Vergabe von Aufträgen, Ausführung von Baumaßnahmen
  - Nr. 4 Zur Erfüllung des Zuwendungszwecks beschaffte Gegenstände
  - Nr. 5 Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers
  - Nr. 6 Baurechnung
  - Nr. 7 Nachweis der Verwendung
  - Nr. 8 Prüfung der Verwendung
  - Nr. 9 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung
- 1 **Anforderung und Verwendung der Zuwendung**
    - 1.1 Die Zuwendung darf nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid bestimmten Zwecks verwendet werden. Der Zuwendungsbescheid kann mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, wenn sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck nicht zu erreichen ist. Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.
    - 1.2 Der Finanzierungsplan ist hinsichtlich des Gesamtergebnisses verbindlich. Die Einzelansätze dürfen bis zu 20 vom Hundert überschritten werden, soweit die Überschreitung durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen ausgeglichen werden kann. Beruht die Überschreitung eines Einzelansatzes auf behördlichen Bedingungen oder Auflagen, insbesondere im Rahmen des baurechtlichen Verfahrens, sind innerhalb des Gesamtergebnisses des Finanzierungsplans auch weitergehende Abweichungen zulässig. Die Bestimmungen finden bei der Festbetragsfinanzierung keine Anwendung.
    - 1.3 Die Zuwendung darf nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt wird. Die Anforderung jedes Teilbetrages muss die zur Beurteilung des Mittelbedarfs erforderlichen Angaben enthalten.
      - Für Hochbaumaßnahmen können angefordert werden
        - 20 vom Hundert nach Vergabe des Rohbauauftrags,
        - 30 vom Hundert nach Rohbauabnahme,
        - 40 vom Hundert nach Schlussabnahme und
        - 10 vom Hundert nach Vorlage des Verwendungsnachweises.
    - 1.4 Im Übrigen darf die Zuwendung wie folgt in Anspruch genommen werden:
      - 1.4.1 bei Festbetrags- oder Anteilfinanzierung jeweils anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers,
      - 1.4.2 bei Fehlbedarfsfinanzierung, wenn die vorgesehenen eigenen und sonstigen Mittel des Zuwendungsempfängers verbraucht sind, gegebenenfalls anteilig mit den Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber.

- 1.5 Ist zur Finanzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben die Aufnahme von Krediten notwendig, so kann die auf das Haushaltsjahr entfallende Zuwendung bereits vor dem Einsatz der Kreditmarktmittel angefordert werden, wenn dadurch eine Aufnahme der vorgesehenen Kredite aufgeschoben werden kann.
- 2 **Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung**
  - 2.1 Ermäßigen sich nach der Bewilligung die in dem Finanzierungsplan veranschlagten Gesamtausgaben für den Zuwendungszweck, erhöhen sich die Finanzierungsmittel oder treten neue Finanzierungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung bei Anteilfinanzierung anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers sowie bei Fehlbedarfs- und Vollfinanzierung um den vollen in Betracht kommenden Betrag.
  - 2.2 Dies gilt nur, wenn sich die Gesamtausgaben oder die Finanzierungsmittel um mehr als 500 EUR ändern (ausgenommen bei Vollfinanzierung und bei wiederkehrender Förderung desselben Zuwendungszwecks).
- 3 **Vergabe von Aufträgen, Ausführung von Baumaßnahmen**
  - 3.1 Bei der Vergabe von Aufträgen zur Erfüllung des Zuwendungszwecks wird auf die Beachtung der einschlägigen vergaberechtlichen Bestimmungen verwiesen.
  - 3.2 Bei Baumaßnahmen hat der Zuwendungsempfänger die ihm benannte Bauverwaltung rechtzeitig über die jeweils vorgesehene Vergabeart, den Baubeginn und die Beendigung der Baumaßnahme zu unterrichten.
  - 3.3 Die Ausführung der Baumaßnahme muss den der Bewilligung zugrunde liegenden Bauunterlagen sowie den technischen und baurechtlichen Bestimmungen entsprechen.
  - 3.4 Von den Bauunterlagen darf nur insoweit abgewichen werden, als die Abweichungen nicht erheblich sind. Wenn die Abweichungen zu einer wesentlichen Änderung des Bau- oder Raumprogramms, einer wesentlichen Erhöhung der Betriebskosten oder einer wesentlichen Überschreitung der Baukosten führen, bedürfen sie vor ihrer Ausführung der Zustimmung durch die Bewilligungsbehörde.
- 4 **Zur Erfüllung des Zuwendungszwecks beschaffte Gegenstände**

Gegenstände, die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erworben oder hergestellt werden, sind für den Zuwendungszweck zu verwenden und sorgfältig zu behandeln. Der Zuwendungsempfänger darf über sie vor Ablauf der im Zuwendungsbescheid festgelegten zeitlichen Bindung nicht anderweitig verfügen.
- 5 **Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers**

Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, unverzüglich der Bewilligungsbehörde anzuzeigen – gegebenenfalls auch noch nach Vorlage des Verwendungsnachweises – wenn

  - 5.1 er weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei öffentlichen Stellen beantragt oder die Voraussetzungen der Nr. 2 eintreten,
  - 5.2 der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen,
  - 5.3 sich herausstellt, dass der Verwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,
  - 5.4 die ausgezahlten Beträge nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung verbraucht werden können,
  - 5.5 Gegenstände innerhalb der zeitlichen Bindung nicht mehr entsprechend dem Verwendungszweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden.

**6 Baurechnung**

6.1 Der Zuwendungsempfänger muss für jede Baumaßnahme eine Baurechnung führen. Besteht eine Baumaßnahme aus mehreren Bauobjekten/Bauabschnitten, sind getrennte Baurechnungen zu führen.

6.2 Die Baurechnung besteht aus

6.2.1 dem Bauausgabebuch (bei Hochbauten nach DIN 276 Teil 2 gegliedert, bei anderen Bauten nach Maßgabe des Zuwendungsbescheides). Werden die Einnahmen und Ausgaben für das geförderte Bauobjekt von anderen Buchungsvorfällen getrennt nachgewiesen, entsprechen die Nachweise unmittelbar oder durch ergänzende Aufzeichnungen den Inhalts- und Gliederungsansprüchen der DIN 276 und können sie zur Prüfung der Baurechnung beigefügt werden, so kann mit Einwilligung der Bewilligungsbehörde von der Führung eines gesonderten Bauausgabebuches abgesehen werden,

6.2.2 den Rechnungsbelegen, bezeichnet und geordnet entsprechend Nummer 6.2.1, ~

6.2.3 den Abrechnungszeichnungen und Bestandplänen,

6.2.4 den Verträgen über die Leistungen und Lieferungen mit Schriftverkehr,

6.2.5 den bauaufsichtlichen Genehmigungen, den Prüf- und Abnahmebescheinigungen,

6.2.6 dem Zuwendungsbescheid und den Schreiben über die Bereitstellung der Mittel,

6.2.7 den geprüften, dem Zuwendungsbescheid zugrunde gelegten Bauunterlagen,

6.2.8 der Berechnung der ausgeführten Flächen und des Raum-inhalts nach DIN 277 (nur bei Hochbauten) und bei Wohnbauten gegebenenfalls die Wohn- und Nutzflächenberechnung nach DIN 283,

6.2.9 dem Bautagebuch.

**7 Nachweis der Verwendung**

7.1 Die Verwendung der Zuwendung ist innerhalb von einem Jahr nach Erfüllung des Verwendungszwecks, spätestens jedoch ein Jahr nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes der Bewilligungsbehörde nachzuweisen (Verwendungsnachweis).

7.2 Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. Auf die Vorlage der Bücher und Belege wird verzichtet. Im Verwendungsnachweis ist zu bestätigen, dass die Ausgaben notwendig waren, wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Ausgaben mit den Büchern und Belegen übereinstimmen.

7.3 Im Sachbericht sind die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis kurz darzustellen.

7.4 In dem zahlenmäßigen Nachweis sind die Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans summarisch auszuweisen und der Zahlungszeitraum anzugeben. Der Nachweis muss alle mit dem Verwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (Zuwendungen, Leistungen Dritter und eigene Mittel) und Ausgaben enthalten. Soweit der Zuwendungsempfänger die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes hat, dürfen nur die Entgelte (Preise ohne Umsatzsteuer) berücksichtigt werden.

7.5 Bei Baumaßnahmen hat der Zuwendungsempfänger den Verwendungsnachweis der ihm benannten Bauverwaltung zuzuleiten. Der Nachweis, wann und in welchen Einzelbeträgen die Bauausgaben geleistet wurden, wird durch die Baurechnung geführt (vgl. Nr. 6). Die Baurechnung ist zur Prüfung bereitzuhalten; nur die Berechnungen nach Nummer 6.2.8 sind dem Verwendungsnachweis beizufügen. Werden über Teile einer Baumaßnahme (z. B. mehrere Bauobjekte/Bauabschnitte) einzelne Verwendungsnachweise

geführt, so ist nach Abschluss der Baumaßnahme ein zusammengefasster Verwendungsnachweis aufzustellen.

7.6 Darf der Zuwendungsempfänger zur Erfüllung des Verwendungszwecks Mittel an Dritte weiterleiten, sind die von den empfangenden Stellen ihm gegenüber zu erbringenden Verwendungsnachweise dem Nachweis nach Nummer 7.1 beizufügen.

**8 Prüfung und Verwendung**

8.1 Die Bewilligungsbehörde ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige mit der Förderung zusammenhängende Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. In den Fällen der Nummer 7.6 sind diese Rechte der Bewilligungsbehörde auch dem Dritten gegenüber auszubedingen.

8.2 Unterhält der Zuwendungsempfänger eine eigene Prüfungs-einrichtung, ist von dieser der Verwendungsnachweis vorher zu prüfen und die Prüfung unter Angabe ihres Ergebnisses zu bescheinigen.

8.3 Der Rechnungshof ist berechtigt, bei allen Zuwendungsempfängern zu prüfen (§ 91 LHO).

**9 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung**

9.1 Die Zuwendung ist zu erstatten, soweit ein Zuwendungsbescheid nach Verwaltungsverfahrenrecht (§ 1 Abs. 1 LVwVfG i. V. m. §§ 48, 49 VwVfG) oder anderen Rechtsvorschriften mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen, widerrufen oder sonst unwirksam wird.

9.2 Nummer 9.1 gilt insbesondere, wenn

9.2.1 die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist,

9.2.2 die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet wird,

9.2.3 eine auflösende Bedingung eingetreten ist (z. B. nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung nach Nr. 2).

9.3 Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit kann auch in Betracht kommen, soweit der Zuwendungsempfänger

9.3.1 die Zuwendung nicht alsbald (innerhalb von zwei Monaten) nach Auszahlung zur Erfüllung des Verwendungszwecks verwendet oder

9.3.2 Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, insbesondere das Vergaberecht (Nr. 3) nicht beachtet, Mitteilungspflichten (Nr. 5) nicht rechtzeitig nachkommt sowie den vorgeschriebenen Verwendungsnachweis (Nr. 7) nicht rechtzeitig vorlegt.

9.4 Der Erstattungsbetrag ist nach § 1 Abs. 1 LVwVfG i. V. m. § 49a Abs. 3 VwVfG mit jährlich 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz zu verzinsen.

9.5 Wird die Zuwendung nicht alsbald nach der Auszahlung zur Erfüllung des Verwendungszwecks verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, werden regelmäßig für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen in Höhe des Zinssatzes nach Nummer 9.4 verlangt. Zinsen in vorgenannter Höhe werden regelmäßig auch erhoben, soweit die Zuwendung in Anspruch genommen wird, obwohl andere Mittel anteilig oder vorrangig einzusetzen sind (vgl. § 49a Abs. 4 VwVfG).

**Auszug aus der  
Verwaltungsvorschrift der Landesregierung  
Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung  
vom 7. November 2000 (FM – O 1559 A – 411)**

**17. Unzuverlässige Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge**

**17.1 Regelungen der Vergabe- und Vertragsordnungen**

Die Zuverlässigkeit von Bewerbern und Bietern ist wesentliches Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Haben Unternehmen nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, die ihre Zuverlässigkeit in Frage stellt, können sie von der Teilnahme am Wettbewerb ausgeschlossen werden. Diese Grundsätze gelten bei Vergaben aller öffentlichen Aufträge.

**17.2 Schwere Verfehlungen**

Schwere Verfehlungen in diesem Sinne sind, unabhängig von der Beteiligungsform, insbesondere

- das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von Vorteilen an Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete, die bei der Vergabe oder Ausführung von Aufträgen mitwirken (Bestechung oder Vorteilsgewährung)
- schwerwiegende Straftaten, die im Geschäftsverkehr begangen worden sind, u. a. Betrug, Untreue, Urkundenfälschung, wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen sowie
- Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), u. a. Beteiligung an Absprachen über Preise oder Preisbestandteile, verbotene Preisempfehlungen, Beteiligung an Empfehlungen oder Absprachen über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten sowie über die Gewinnbeteiligung und Abgaben anderer Bewerber.

Eine schwere Verfehlung liegt auch vor, wenn Bewerber bzw. Unternehmen Personen, die Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst Verpflichteten nahe stehen, unerlaubte Vorteile anbieten, versprechen oder gewähren. Amtsträger in diesem Sinne kann dabei auch der sein, der dazu bestellt ist, bei einer Behörde oder bei einer sonstigen Stelle oder in deren Auftrag Aufgaben der öffentlichen Verwaltung unbeschadet der Organisationsform wahrzunehmen (§ 11 Abs. 1 Nr. 2 c StGB). Hierzu können auch freiberuflich Tätige zählen.

Die Lieferung konkreter Planungs- und Ausschreibungshilfen mit dem Ziel, den Wettbewerb zu unterlaufen, stellt ebenfalls eine schwere Verfehlung dar.

**17.3 Nachweis der Verfehlung**

Eine Verfehlung gilt insbesondere dann als nachgewiesen, wenn sie zu einer gerichtlichen Verurteilung geführt hat, unbestritten ist oder ein Geständnis in einem Ermittlungsverfahren vorliegt. Bei Verstößen gegen das GWB kommen für den Nachweis die Feststellungen der Kartellbehörde und deren Unterlagen, insbesondere Bußgeldbescheide in Betracht. Inwieweit Ermittlungsunterlagen der Staatsanwaltschaft zum Anlass für den Ausschluss von Bewerbern oder Unternehmen genommen werden können, ist vom Vorliegen beweiskräftigen Materials abhängig. Verdachtsmomente allein können nicht ausschlaggebend sein. Im Übrigen kommen für die Beurteilung des Sachverhalts alle geeigneten Feststellungen, z. B. in Haftbefehlen, von Rechnungsprüfungsbehörden, einer Innenrevision, beauftragter Gutachter sowie Feststellungen der auftragsvergebenden Dienststellen in Betracht.

**17.4 Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb**

Bewerber oder Bieter, denen eine schwere Verfehlung nachgewiesen wurde, sind im Einzelfall von der Teilnahme am Wettbewerb auszuschließen, wenn die Verfehlung ihre Zuverlässigkeit für den zur Vergabe anstehenden Auftrag in Frage stellt. Führt die Prüfung des Sachverhalts zu dem Ergebnis, dass die Zuverlässigkeit des Bewerbers beeinträchtigt ist, so ist ein im Rahmen einer Öffentlichen Ausschreibung vorgelegtes Angebot nicht zu werten; bei Beschränkter Ausschreibung oder Freihändiger Vergabe ist der Bewerber nicht zur Angebotsabgabe aufzufordern. Er kann in diesem Fall auch nicht als Nachunternehmer oder als Mitglied einer Bietergemeinschaft am Wettbewerb teilnehmen.

Die Zuverlässigkeit eines Unternehmens, dem eine schwere Verfehlung nachgewiesen wurde, kann in der Regel dann als wieder hergestellt angesehen werden, wenn

- das Unternehmen durch geeignete organisatorische und personelle Maßnahmen Vorsorge gegen die Wiederholung der Verfehlungen getroffen hat und
- ein durch die Verfehlung entstandener Schaden ersetzt wurde oder eine verbindliche Anerkennung der Schadensersatzverpflichtung vorliegt.

## **17.5 Melde- und Informationsstelle**

Beim Ministerium der Finanzen ist eine Melde- und Informationsstelle eingerichtet. Diese Stelle sammelt Informationen über Unternehmen, denen eine schwere Verfehlung nachgewiesen wurde. Dienststellen, die aus ihrem Vergabebereich Kenntnis von schweren Verfehlungen erlangen, melden die Unternehmen auf dem Dienstweg in schriftlicher oder elektronischer Form mit elektronischer Signatur laut Signaturgesetz an die Melde- und Informationsstelle beim Ministerium der Finanzen und unterrichten zugleich das betroffene Unternehmen über die Meldung, ihren Zweck und ihren wesentlichen Inhalt. Dies gilt nicht, wenn zu diesem Zeitpunkt die Zuverlässigkeit des Unternehmens wieder hergestellt ist.

Die Bestandteile der Meldung ergeben sich aus der Anlage 2 zu dieser Verwaltungsvorschrift.

Sofern die Meldung einen Einzelunternehmer betrifft, sind die Bestimmungen des Datenschutzes über personenbezogene Daten zu beachten (Landesdatenschutzgesetz in der jeweils geltenden Fassung, BS 204-1).

Die Melde- und Informationsstelle kann involvierte Dienststellen auch zu einer entsprechenden Meldung auffordern, wenn sie auf anderem Wege Kenntnis von einem Sachverhalt erlangt, der eine Aufnahme des Unternehmens in das Verzeichnis zu rechtfertigen scheint.

Zu melden ist auch die Wiederherstellung der Zuverlässigkeit von erfassten Unternehmen aufgrund von geeigneten, zu bezeichnenden Maßnahmen der Unternehmen. Ist die Zuverlässigkeit eines Unternehmens wieder hergestellt, werden alle gesammelten Informationen vernichtet. Im Übrigen werden die erfassten Informationen nach Ablauf von drei Jahren seit der Meldung vernichtet.

Auftragsvergebende Dienststellen können die Informationen über erfasste Unternehmen unmittelbar bei der Melde- und Informationsstelle abfragen. Das Muster einer Vergabeanfrage ist als Anlage 3 beigelegt. Die Vergabeanfrage kann auch elektronisch übermittelt werden. Das Muster ist auf der Internet-Homepage des Ministeriums der Finanzen abgelegt. Dienststellen, die nicht über einen Internet-Browser verfügen, können ein Text-Dokument per eMail an die Melde- und Informationsstelle senden. Der Vordruck kann formlos per eMail bei der Melde- und Informationsstelle angefordert werden. Die Melde- und Informationsstelle antwortet in diesen Fällen in der Regel ebenfalls per eMail.

Sollten für die Entscheidung dieser Vergabestelle weitere Auskünfte erforderlich sein, so wird die Melde- und Informationsstelle einen Ansprechpartner bei der Dienststelle mitteilen, die den Sachverhalt gemeldet hat.

Bei geplanten Vergaben von Dienstleistungsaufträgen mit einem Wert von über 15.000 EUR (bei Dauerschuldverhältnissen der Jahresbetrag), von Lieferaufträgen mit einem Wert von über 25.000 EUR und Bauaufträgen von über 50.000 EUR hat die Vergabestelle vor der Vergabe bei der Melde- und Informationsstelle nachzufragen, ob Informationen über ein für die Vergabe in Betracht kommendes Unternehmen vorliegen. Bei geplanten Vergaben unterhalb der genannten Wertgrenzen steht die Anfrage im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.

## **17.6 Entscheidung über den Ausschluss vom Wettbewerb**

Jede Dienststelle entscheidet im Rahmen des konkreten Vergabeverfahrens eigenverantwortlich auch darüber, ob ein Unternehmen vom Wettbewerb ausgeschlossen werden soll. Die Auskünfte der Melde- und Informationsstelle sollen diese Entscheidung erleichtern.

Soll einem Unternehmen ein Auftrag erteilt werden, obwohl Informationen vorliegen, die Zweifel an seiner Zuverlässigkeit begründen, so hat die auftragsvergebende Dienststelle die Gründe hierfür aktenkundig zu machen.



**A. Anschrift der Melde- und Informationsstelle**

Ministerium der Finanzen  
- Melde- und Informationsstelle -  
Kaiser-Friedrich-Straße 5  
55116 Mainz

Telefon: (06131) 16-0 (Zentrale)  
(06131) 16-4138 (Durchwahl)

Telefax: (06131) 16-4115

eMail: [Meldeinformationsstelle@fm.rlp.de](mailto:Meldeinformationsstelle@fm.rlp.de)

**B. Bestandteile der Meldung**

**1. Angaben über die meldende Dienststelle**

- 1.1 Name, Anschrift,
- 1.2 Aktenzeichen,
- 1.3 Name des Ansprechpartners,
- 1.4 Telefon- und Telefaxnummer, ggf. eMail-Verbindung des Ansprechpartners;

**2. Datum**

**3. Angaben über das betroffene Unternehmen**

- 3.1 Name, Anschrift,
- 3.2 Gewerbebezweig, Branche,
- 3.3 ggf. Handelsregisternummer,
- 3.4 bes. Informationen über eine Konzernstruktur: Mutter-, Tochtergesellschaften etc.

**4. Verfehlung (Beschreibung in Stichworten)**

- 4.1 Art und Weise der Verfehlung,
- 4.2 Nachweis der Verfehlung.

**Anlage 3**  
(zu Nummer 17.5)

- Entwurf Anfrage -

Anfragende Dienststelle

Ministerium der Finanzen  
Kaiser-Friedrich-Str. 5  
55116 Mainz

Fax: 06131/16-4115  
eMail: [Meldeinformationsstelle@fm.rlp.de](mailto:Meldeinformationsstelle@fm.rlp.de)\*

**Vergabeanfrage**

nach Nr. 17.5 der VV der Landesregierung vom 7. November 2000 (MinBl. 2001 S. 86) in der jeweils geltenden Fassung  
(Gliederungsnummer 203021)

- Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung -

Wir beabsichtigen die Vergabe folgenden Auftrags und bitten um Mitteilung, ob Beschränkungen gemäß Nr. 17 der VV bestehen.

Auftrag:	<input type="checkbox"/> Dienstleistungsauftrag	<input type="checkbox"/> über 15.000 €
	<input type="checkbox"/> Lieferauftrag	<input type="checkbox"/> über 25.000 €
	<input type="checkbox"/> Bauauftrag	<input type="checkbox"/> über 50.000 €

Auftragsgegenstand: \_\_\_\_\_

Vorgesehener Auftragnehmer:

Firma: \_\_\_\_\_

Firmensitz: \_\_\_\_\_

Geschäftsführer: \_\_\_\_\_

Vergabetermin: \_\_\_\_\_

Ministerium der Finanzen

- Melde- und Informationsstelle -

Es bestehen ☐ keine

Beschränkungen gem. Nr. 17 der Verwaltungsvorschrift der Landesregierung vom 7. November 2000 in der jeweils geltenden Fassung (Gliederungsnummer 203021)

Im Auftrag

\* Die Vergabeanfrage kann online auf der Homepage des Ministeriums der Finanzen (<http://www.fm.rlp.de>) durchgeführt werden.



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR  
WIRTSCHAFT, VERKEHR,  
LANDWIRTSCHAFT UND  
WEINBAU

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau  
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Staatskanzlei

Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund  
und der Europäischen Union

Ministerium des Innern und für Sport

Ministerium der Finanzen

Ministerium der Justiz

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur

Ministerium für Umwelt, Forsten und  
Verbraucherschutz  
55116 Mainz

**nachrichtlich:**

Rechnungshof Rheinland-Pfalz  
Gerhart-Hauptmann-Straße 4  
67346 Speyer

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord  
Stresemannstraße 3 – 5  
56068 Koblenz

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd  
Friedrich-Ebert-Straße 14  
67433 Neustadt/Weinstr.

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion  
Willy-Brandt-Platz 3  
54290 Trier

Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz  
Friedrich-Ebert-Ring 14 - 20  
56068 Koblenz

Stiftsstraße 9  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-2100  
poststelle@mwwlw.rlp.de  
www.mwwlw.rlp.de

Eingang Abt. 4  
12. April 2010

Rheinland - Pfalz  
Ministerium für Arbeit, Soziales,  
Gesundheit, Familie und Frauen  
Eing. 09. APR. 2010  
Abt.....Tgb.Nr.....

Eingang Abt. 1  
1.6. April 2010

613

7



Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung  
(Landesbetrieb LBB)  
Rheinstr. 4 E  
55116 Mainz

Landesbetrieb Daten und Information  
Valenciaplatz 6  
55118 Mainz

Auftragsberatungscentre Rheinland-Pfalz  
Euro Info Centre Trier  
Bahnhofstraße 30-32  
54292 Trier

VOB-Stelle für Rheinland-Pfalz  
Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion  
Postfach 20 03 61  
56003 Koblenz

Mein Aktenzeichen Ihr Schreiben vom Ansprechpartner/-in / E-Mail  
8205 - 38 10 15 Detlef Stiller  
Bitte immer angeben! Detlef.Stiller@mwvfw.rlp.de

Telefon / Fax 06. April 2010  
06131 16-2107  
06131 16-172107

**Nichtberücksichtigung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinne des IAO-Übereinkommens Nr. 182 bei der Vergabe öffentlicher Aufträge**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Landtag Rheinland-Pfalz hat in seiner Sitzung am 26. Juni 2009 einen Antrag betr. "Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens" im Sinne des Übereinkommens Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 17. Juni 1999 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (IAO-Übereinkommen) einstimmig angenommen (Drucksache 15/3363).

Das IAO-Übereinkommen verpflichtet jeden Mitgliedstaat, der es ratifiziert hat, unverzügliche und wirksame Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die



schlimmsten Formen der Kinderarbeit vordringlich verboten und beseitigt werden. Der Deutsche Bundestag hat das Übereinkommen mit Gesetz vom 11. Dezember 2001 (BGBl. II S. 1290) ratifiziert; es ist am 18. April 2003 in Kraft getreten (Bek. vom 28. Juni 2002, BGBl. II S. 2352). Im Sinne des IAO-Übereinkommens umfasst der Ausdruck "die schlimmsten Formen der Kinderarbeit" u. a.

- alle Formen der Sklaverei oder alle sklavereiähnlichen Praktiken, wie den Verkauf von Kindern und den Kinderhandel, Schuldknechtschaft und Leibeigenschaft sowie Zwangs- oder Pflichtarbeit, einschließlich der Zwangs- oder Pflichtrekrutierung von Kindern für den Einsatz in bewaffneten Konflikten;
- Arbeit, die ihrer Natur nach oder aufgrund der Umstände, unter denen sie verrichtet wird, voraussichtlich für die Gesundheit, die Sicherheit oder die Sittlichkeit von Kindern schädlich ist.

Als "Kind" gelten alle Personen unter 18 Jahren:

Der sich aus Art. 1 und 7 des IAO-Übereinkommens ergebenden Pflicht, unverzügliche und wirksame Maßnahmen zu treffen sowie deren wirksame Durchführung sicherzustellen, wird auf nationaler Ebene durch den Vollzug der entsprechenden Vorschriften zum Jugendarbeitsschutz nachgekommen. Des weiteren achtet das Land Rheinland-Pfalz bei seiner Beschaffung darauf, dass bei der Herstellung bzw. Bearbeitung der entsprechenden Produkte weder gegen die nationalen Jugendarbeitsschutzgesetze verstoßen wird, noch gegen Normen, die außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes zur Umsetzung des Übereinkommens erlassen wurden oder die sonst dem Schutz vor ausbeuterischer Kinderarbeit dienen.

Darüber hinaus wird derzeit die Verwaltungsvorschrift "Öffentliches Auftragswesen in Rheinland-Pfalz" vom 29. Juli 2004 neu gefasst. Es ist vorgesehen, in diese Neufassung Regelungen im Sinne des IAO-Abkommens aufzunehmen. Bis zum Inkrafttreten der neuen Verwaltungsvorschrift und in Umsetzung des o.g. Landtagsbeschlusses (Ziff. II.) sollen die vorgesehenen Regelungen zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens unmittelbar angewandt werden.



Vor diesem Hintergrund ergehen in Ergänzung der Verwaltungsvorschrift vom 29. Juli 2004 bis zum Inkrafttreten der neuen Verwaltungsvorschrift ab sofort folgende Regelungen:

1. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist in begründeten Fällen die in der Anlage beigefügte Eigenerklärung zu verlangen, dass bei der Ausführung des Auftrags nur Produkte Berücksichtigung finden, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des IAO-Übereinkommens hergestellt oder bearbeitet wurden, bzw. die Zusage, dass das Unternehmen, seine Lieferanten und deren Nachunternehmer aktive und zielführende Maßnahmen eingeleitet haben, um ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des IAO-Übereinkommens bei der Herstellung bzw. Bearbeitung der zu liefernden Produkte auszuschließen.

Die Erklärung wird bei Annahme des Angebots Vertragsbestandteil. Eigenerklärungen kommen derzeit insbesondere bei folgenden Produkten in Betracht, falls diese in Afrika, Asien oder Lateinamerika hergestellt oder bearbeitet wurden: Sportbekleidung, Sportartikel, insbesondere Bälle; Spielwaren, Teppiche, Textilien, Lederprodukte, Billigprodukte aus Holz, Natursteine, Agrarprodukte wie z. B. Kaffee, Kakao, Orangen- oder Tomatensaft.

Die Nichtabgabe der Erklärung oder die Abgabe einer wissentlich oder vorwerfbar falschen Erklärung hat den Ausschluss von dem laufenden Vergabeverfahren zur Folge.

2. Erweist sich nach Vertragsschluss, dass eine wissentlich oder vorwerfbar falsche Erklärung abgegeben oder gegen mit der Erklärung eingegangene Verpflichtungen verstoßen wurde, so sollen Verträge nach VOL/B in der Regel aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist gekündigt werden.

Den kommunalen Auftraggebern, den landeseigenen Unternehmen, den Unternehmen mit Landesbeteiligung und den sonstigen der Aufsicht des Landes Rheinland-Pfalz unterliegenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren. Dies gilt auch für Empfänger von Zuwendungen des Landes Rheinland-Pfalz, wenn die Zuwendungen zur Beschaffung der vorgenannten Produkte gegeben werden.



Ich bitte die Ressorts, die Vergabestellen ihres Geschäftsbereichs entsprechend zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen  
In Vertretung

Prof. Dr. Siegfried Englert  
- Staatssekretär -

Anlage: - 1 -

## Anlage

### Erklärung zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit

1. Von ausbeuterischer Kinderarbeit sind insbesondere folgende Produkte betroffen:

- Sportbekleidung, Sportartikel, insbesondere Bälle;
- Spielwaren;
- Teppiche;
- Textilien;
- Lederprodukte;
- Billigprodukte aus Holz;
- Natursteine;
- Agrarprodukte wie z.B. Kaffee, Kakao, Orangen- oder Tomatensaft.

Enthält die Leistung oder Lieferung derartige Produkte, die in Afrika, Asien oder Lateinamerika hergestellt bzw. bearbeitet werden oder wurden?

Ja ☐ Nein ☐

2. Falls ja, ist eine der beiden folgenden Erklärungen erforderlich. Bitte die entsprechende Erklärung ankreuzen!

- a) Ich/Wir sichere/n zu, dass die Herstellung bzw. Bearbeitung der zu liefernden Produkte ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinn des IAO-Übereinkommens Nr. 182 erfolgt bzw. erfolgt ist sowie ohne Verstöße gegen Verpflichtungen, die sich aus der Umsetzung dieses Übereinkommens oder aus anderen nationalen oder internationalen Vorschriften zur Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit ergeben.

Ja ☐

Kann die Erklärung unter a) nicht abgegeben werden, ist folgende Erklärung notwendig:

- b) Ich/Wir sichere/n zu, dass mein/unser Unternehmen, meine/unsere Lieferanten und deren Nachunternehmer aktive und zielführende Maßnahmen ergriffen haben, um ausbeuterische Kinderarbeit im Sinn des IAO-Übereinkommens Nr. 182 bei Herstellung bzw. Bearbeitung der zu liefernden Produkte auszuschließen.

Ja ☐

3. Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich oder vorwerfbar falsche Abgabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat bzw. – nach Vertragsschluss – den Auftraggeber gegebenenfalls zur Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist berechtigt.

Ort, Datum

Firmenstempel  
Rechtsverbindliche Unterschrift